

# Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
- Parteivorsitzender -  
Herrn Martin Schulz - persönlich -

Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstrasse 140

10963 B e r l i n

über  
www.willy-brandt-haus.de

Eichwalde, den 25. September 2017

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

## Bundestagswahl 2017; Ursachen des Wahlergebnisses und Vorschläge zur Oppositionsarbeit

Sehr geehrter Herr Schulz,

nach dem katastrophalen Wahlergebnis wird nun  
sicherlich die Ursachenforschung einsetzen, um  
die Zukunft des Landes und der SPD als stärkster  
Oppositionspartei positiv zu beeinflussen.

Hierbei möchte ich unterstützend mitwirken  
durch konkrete Vorstellungen und Vorschläge  
zur Bewältigung der Zukunft:

1. Zur EU mit Auswirkungen auf die Bundesrepublik im  
aktuellen Wahlkampf

Noch in Ihrer Position als EU-Parlamentspräsident hatte ich  
Ihnen sowie Kommissarin Margrethe Vestager meine Ausarbeitung —  
"Für ein starkes Europa in Überwindung der Finanz- und  
Wirtschaftskrise durch Konvergenz und Kohäsion,  
V o r s c h l ä g e zur Stärkung der europäischen Wettbewerbs-  
fähigkeit, Stand Oktober 2016"  
übersandt, was jedoch ohne Antwort aus der EU-Zeit bzw. der  
Zeit des Wirkens danach blieb - mit Ausnahme der allgemeinen  
Forderung nach mehr Gerechtigkeit im Wahlkampf.

1969-2014	45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftlichem in zwei Wirtschaftssystemen
1957	Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
1957	Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweremaschinen und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
1973	Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektrotechnik
1973-75	Diplomierung und Promotion als Doktor mit Untersuchungen zur Systemsteuerung von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
1972, 1974	Pflichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
1957-64	Akademie-Dozent für Mechanik, Physik und technische Fächer
1990-96	Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsatzen im IREISEN KREISEND (M6)
1994	Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialrates Cottbus
1953-73	Selbständiger Konstrukteur
1973-91	Ingénieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Konstruktion
1994	Beauftragter
um 1960	Veröffentlichung "Zur Thesen Feststoffmaterialien" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Organe für Duroplast-Feststoffteile, FASSE UND KAUSSCHU
1966	Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus aus Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssysteme zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssysteme)
1969-70	Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des KFW Berlin (Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfeld-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit dem Co-Autor Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorien für Plastikverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Strausz, TU Dresden
1969-69	Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu statistischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unverfälscht, aber erprobt)
um 1970	Ermittlung der Parameter des Entwurfsprozesses von Duroplastenteilen aus Abmaß-Blühigkeiten - Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Plastikverarbeitung einer der internationalen Fachtagungen PLASTTECHNICA der Kaiser-Verlag, Dresden
um 1975	Analyse des volkswirtschaftlichen Flußplans der Sowjetunion im Rahmen des Produktionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
1980	Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
1991	Dissertationsauffassung in FERNKONTAKTECHNIK 29(1992) 84 S.162
Jan. 1990	Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plandwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Konkreten Schritten über NEUES FORM an Zentralen Bundes Tisch und Regierung
1996/97	Vorschlag zur Einführung einer Robin-Sonier (Spekulations-Diagnose) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs) an die Opposition-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der HRO-Einführung
2003-04	Vorschläge zur Einführung des Bruttoendproduktes (BEP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur HRO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
2006-09	Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
1994-2014	Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vordräge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erdörungen im Rahmen der EICHWALDE ER FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NIMMER Aufleger BER
	in enger Zusammenarbeit mit der SCHLEIFENFÜR INTERESSENGEMEINSCHAFT GREN FLUGLÄR (vgl. http://berlin-brandenburg-21.de sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-er.de)
2015	Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit

So begrüßenswert diese Forderung auch ist und so euphorisch die Bürger deshalb zunächst darauf reagierten, so sehr haben sie danach sicherlich die Konkretisierung der Umsetzung durch geeignete Vorstellungen und Mittel zur Finanzierung vermißt - und dies hat wohl bei vielen Bürgern augenscheinlich ein gewisses Festhalten an vor allem international anerkannter Macht- und Dialogpolitik anstelle des Wechsels zu neuen Zielen eines wohl noch ungewissen Ausganges bewirkt, obwohl die Union trotzdem noch stärker abgestraft wurde als die SPD.

In einer Zeit größer werdender sozialer Unterschiede und Altersarmutsgefahr, in welcher schon jetzt jedes 4. Kind in Deutschland in Armut aufwächst, der Entwertung von Sparguthaben und Altersvorsorgemaßnahmen durch Null-Zins-Politik infolge Aufkaufs von Staatsanleihen mit Schrottstatus unter monatlicher Aufwendung von Milliardenbeträgen durch die EZB infolge wirtschaftlicher Mißachtung der Lehren aus dem €-Vorläufer Ecu bei Aufnahmekriterien und den aktuellen Zielvorstellungen von EU-Rats-Präsident Jean Claude Juncker hinsichtlich trotzdem angepeilter Aufnahme restlicher EU-Länder in die €-Zone trotz in dieser schon konstatierbarer BSP-Spanne von 1 : 30, bei noch immer nicht gebändigtem Finanzspekulations-Unwesen und dessen nicht absehbarer steuerlich angemessener Nutzung neben großen Vermögen zur Erfüllung der europäischen sozialen Erfordernisse ist, noch verstärkt durch die Flüchtlingskrise, das Mißtrauen in die Fähigkeit der Großen Koalition zur Lösung der aktuellen Probleme offensichtlich und scheinbar begründet stark gestiegen. Mein Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens wurde schließlich schon um 1997, also vor 20 Jahren, in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Statt aber Wege zur Problemlösung gegen die Armut darzustellen, hatte die Europäische Kommission wohl lediglich die Bertelsmann-Stiftung mit der Status-Ermittlung und der Klärung des Umganges in den verschiedenen europäischen Völkern und Staaten mit der Armut beauftragt!

Es dürfte also Zeit sein, sich endlich hierüber zukunftsichernd auszutauschen, wozu ich Ihnen anliegend nochmals meine vorgehen. Ausarbeitung, welche in einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt/Oder als Lösungsvorschlag anerkannt wurde, übermitteln möchte.

## 2. Zum Bund

Daß dies allein noch nicht ausreichen wird, das Mißtrauen der Bürger zum Establishment zu überwinden, liegt bei dem aktuellen Wahlergebnis auf der Hand. Dazu fanden sich die Bürger mit ihren vielen Problemen des Alltags im bisherigen Wirken insbesondere der Exekutive, aber vielfach auch der Legislative und selbst der Judikative zu wenig wahrgenommen, vielfach selbst nach großen Anstrengungen zum Erreichen der Thematisierung brennender Probleme. Und selbst Kommunen und deren Vereinigungen mühten sich in der Vergangenheit oftmals vergebens.

Der Wille der Bürger und ihrer Vertretungen, ob Exekutive, Legislative, Verbände, Bürgerinitiativen oder Interessengemeinschaften, ist weit mehr zu achten und zu berücksichtigen als bisher, wo er vielfach nur ignoriert wurde, unabhängig davon, wie nützlich er hätte sein können. So etwas schafft Abstand !

Mittel der direkten, deliberativen und konsultativen Demokratie ähnlich denen in der Schweiz und skandinavischen Ländern sind also verstärkt anzuwenden (vgl. hierzu das Werk von Ute Scheub, Demokratie. Die Unvollendete. Plädoyer für mehr Teilhabe, 2. Aufl., 2017, oekom verlag München).

## 3. Zu den neuen Bundesländern

Hierzu fällt mir, insbesondere die neuen Bundesländer betreffend, vor allem das Beitragswesen wegen der allgemein geringeren Finanzkraft der Bürger ein:

- Wasser- und Abwasser-Beiträge und -Gebühren in Schädigung der Bürger wegen Verstoßens gegen das Verursacherprinzip gem. EU-Wasser-Rahmenrichtlinie 2000/60/EG,
- Verlagerung der Energiewende-Kosten für die Ökostromweiterleitung unangemessen hoch auf die neuen Bundesländer,

- Verlagerung der Kosten für Straßenschäden entgegen Verursacherprinzip vom Wirtschafts-Kraftverkehr (Gigaliner !) auf Anlieger der Straße und Kommunen,
- Rentenangleichungs-Mängel selbst nach einem Vierteljahrhundert,
- fehlende Ansiedlung von Konzernzentralen mit Entwicklungspotential,
- Schlechterstellung zu DDR-Zeiten geschiedener Frauen infolge einer Einigungsvertrags-Lücke,
- Wohnraumangel,
- zu hohe Mieten,
- spekulativer Ackerbodenkauf zur Geldanlage, verbunden mit Pachterhöhungen bei zu niedrigen Milchpreisen, welche, verstärkt durch die Rußland-Sanktionen, bereits viele Milchbauern zur Aufgabe ihrer Höfe zwangen - mit der Folge der Erhöhung der Butterpreise für die Verbraucher trotz immer noch zu geringer Vergütung der Bauern.

#### 4. Zum Land Brandenburg

Hinzu kommen noch länderspezifische Fehlentwicklungen wie in Brandenburg

- zur Rechtsignoranz beim Entfall der Förderung von Unterzentren in der Zentrale-Orte-Gliederung,
- Rechtsignoranz beim BER-Projekt durch
  - . Fehlen des positiven Nachweises einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP),
  - . Layout-Verstoß gegen das ICAO Doc.9184 bei der BER-Südbahn-Ausrichtung,
  - . Entfall des Schallschutzes entgegen Planfeststellungsbeschuß (PFB),
  - . BER-Co-Finanzierung durch Anliegerbeiträge,
  - . Ignorierung von Hinweisen aus Bürgerinitiativen zu Gesetzesverletzungen und Gerichtsentscheidungen bis hin zum BVG und bis hin zum rechtsgültigen Volksentscheid für ein BER-Nachtflugverbot trotz Annahme durch Regierung und Landtag,
- Kreisreform ohne Aufgabenneuverteilung,
- Polizei- und Justiz-Abbau trotz bereits gegebener Überforderung und trotz erwartbarem Juristen-Mehrbedarf durch
  - . Flüchtlings-Prozesse vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit und
  - . Altanschießer-Prozesse der Zivilgerichtsbarkeit wie Landgerichten bei Staatshaftung.

Daß die AfD die Stimmen so vieler enttäuschter Bürger besonders in den neuen Bundesländern bekam, ist also ursächlich bedingt, da keine der etablierten Parteien all diese Ursachen der Mißstimmung der Bürger erkannte und so komplex als Wahlprogramm an die Bürger herantrug, sondern höchstens kleine Teile davon ansprachen, also viele Probleme einfach ignoriert wurden.

Das generiert Protestwähler !

#### 5. Zum BER-Umland

Im BER-Umfeld kommt bei den betroffenen Brandenburgern und Berlinern im Südosten der Stadt noch das einseitige Herangehen zu Lebensbeeinträchtigungen, nämlich das einseitige Herausstellen allein des Leidens der TXL-Anlieger hierzu, wogegen das genau so lange Leiden der Bürger im BER-Umfeld völlig negiert wurde, obwohl statt vieler tausender Bürger um Tegel nur 129 Gebäude im BER-Umfeld bisher Schallschutz nach Planfeststellungsbeschuß (PFB) erhielten, während tausende mit unzureichenden Entschädigungen abgespeist wurden anstelle des versprochenen Mhdorn'schen "weltbesten Schallschutzes", der noch nicht einmal so auf dem Papier steht, da Spitzenlämpiegel sowie Lärmstörpegel wegen zu großer Flugplatznähe und die schon 2012 vom OVG Leipzig verfügte Neuberechnung von Dauerlämpiegel-Schallschutz-zonen mit Zuschlägen für "alte" wie "neue" Flugrouten bis heute völlig aussteht, obwohl in einer großen Zusendung zu Regierung und Landtag Brandenburg schon 2013 angeführt !

## 6. Zusammenfassung

Es gibt also genügend Anlaß zur Selbstkritik der Partei für die Zeit, in welcher Sie noch EU-Parlamentspräsident waren und zum vielfältigen Umsteuern des Establishments, von welchem auch die Presse nicht generell ausgenommen werden kann, da vielfach kritische Stimmen, besonders zu Rechtsfragen, ausgeblendet wurden und deshalb die Information der Bürger z.B. im BER-Umfeld bisher vor allem über das Internet unter <http://berlin-brandenburg-21.de> erfolgen mußte.

Für die Konzentration der SPD auf mehr Gerechtigkeit gibt es also genügend umfangreiche Ansätze zum Anknüpfen.

Dabei kommt auch dem Agieren der Länder große Bedeutung zu, z.B. bezüglich der Gewährung von Sammelklagen Betroffener gemäß Gesetz, um wenigstens die erwartbare Prozeßflut zu bändigen.

Die gesamte Problematik einmal zusammenfassend aufzuzeigen war Anlaß dieses Schreibens, wozu aber ergänzend auch die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit für die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht, zumindest aber bezüglich der Auslagererstattung, gehört, um die Demokratie zu stärken. Dies fehlt z.Z. m.W. noch fast völlig.

Für die Neuausrichtung der Politik der SPD hin zu mehr Bürgerbeteiligung und Gerechtigkeit wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg !

Mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e :

\*\*\*\*\*

Ausarbeitung "Für ein starkes Europa in Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise durch Konvergenz und Kohäsion.  
Vorschläge zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Stand  
Oktober 2016"

Nachbemerkung:

Die vorstehende Liste von wahlrelevanten Problemen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da z.B. auf die Aufnahme von im Wahlkampf bereits angesprochenen Problembereichen verzichtet wurde, wie Immigration/Integration, Pflegenotstand, Zweiklassenmedizin, Bildungskleinstateerei, Informationstechnikdefizite/Fabrikationsniveau 4.0, Lobbyismus-Umwesen, Machtkonzentration und -mißbrauch usw..